

1. ...
Fraktion Die Linke Liste Solidarität
2. ...
Stadtv. Versammlung zur ...
Rüsselsheim, den 16.12.2010

Braun

Zwischenbericht

an die
Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

(Kopie den übrigen Fraktionen
zur Kenntnis)

Betreff: Sondernutzungsgebühr für „Google-Street-View“
Bezug: Antrag Nr. 90 der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 27.8.2010

M-Nr.: 356/10

Der Magistrat gibt folgenden Zwischenbericht:

Es ist zutreffend, dass die Städte Herne, Bonn und Ratingen Sondernutzungsgebühren in Höhe von 20,00 € je km für das Befahren der Gemeindestraßen zum Zwecke der digitalen fotografischen Aufnahmen erheben. Die Stadt Bergisch Gladbach erhebt sogar 100,00 € je km.

Die rechtliche Würdigung, ob die Erhebung von Sondernutzungsgebühren für die Nutzung von Straßen mit Fahrzeugen, die für den Verkehr zugelassen sind, rechtlich möglich ist, ist jedoch strittig.

Der Magistrat steht der Erhebung einer Sondernutzungsgebühr aufgeschlossen gegenüber und hat die Verwaltung beauftragt, die Möglichkeit einer Gebührenerhebung für „Google-Street-View“ zu überprüfen.

Nach Abschluss dieser Prüfung wird der Stadtverordnetenversammlung eine überarbeitete Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen und über Sondernutzungsgebühren der Stadt Rüsselsheim zur Entscheidung vorgelegt.

Rüsselsheim, den 14.12.2010

Jo Dreiseitel

Jo Dreiseitel
Bürgermeister

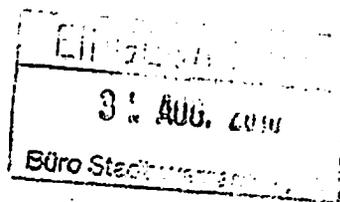
DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

Antrag Nr. 10

Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim
INTERNET www.liste-solidaritaet.de
K.H. Schneckenberger
FON 06142/33182

Rüsselsheim, den 27.08.10

An das
Büro der Stadtverordnetenvorsteherin
z.Hd. Fr. Breunig



Antrag zur Behandlung im HuFA und SVV

Der Magistrat wird aufgefordert, die satzungsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen, aufgrund der eine Sondernutzungsgebühr für "Google-Street-View" zu erheben möglich wird.

Begründung:

Einige Kommunen, z.B. Bonn, Herne, Bergisch-Gladbach, sind dem Vorreiterbeispiel der Stadt Ratingen gefolgt, und haben "Google-Street-View" als Sondernutzung eingestuft und in ihren Satzungen verankert. Die Kommunen verlangen Sondernutzungsgebühren in Höhe von 20 bis 100 € pro fotografiertem Straßenkilometer im Stadtgebiet. Rüsselsheim sollte deren Beispiel folgen.

FÜR DIE LINKE/LISTE SOLIDARITÄT

A large, stylized handwritten signature in black ink, appearing to read "Schneckenberger".

K.-H. Schneckenberger